



Übergabe des Berichts des Migrationsrats für Österreich am 7. Dezember 2016 in Wien: Paul Lendvai, Innenminister Wolfgang Sobotka, Mitglieder des „Migrationsrats für Österreich“.

# Migration verstehen und steuern

Expertinnen und Experten des „Migrationsrats für Österreich“ verfassten einen Bericht über Möglichkeiten, Chancen und Risiken im Bereich Migration.

Österreich soll ein sicherer und stabiler Staat bleiben, in dem man in Wohlstand leben kann. Das ist die Kernbotschaft im Bericht des „Migrationsrats für Österreich“. Der Vorsitzende des Migrationsrats, Prof. Paul Lendvai, übergab den Bericht am 7. Dezember 2016 in Wien an Innenminister Mag. Wolfgang Sobotka.

Die Expertinnen und Experten des Migrationsrats betrachteten in zehn Arbeitsfeldern im Zusammenhang mit Migration die wichtigsten staatlichen und gesellschaftlichen Systeme und Funktionen und zeigten Chancen und Risiken auf. Auch wenn die Interessen Österreichs im Mittelpunkt österreichischer Migrationspolitik zu stehen hätten, so habe Österreich unter Berücksichtigung seiner globalen Verantwortung auch im Hinblick auf die Herkunftsregionen zu handeln, heißt es im

Bericht, der zwei Hauptziele verfolgt: Die Zusammenhänge im Bereich der Migration sichtbar zu machen und aufzuzeigen, dass es in diesem komplexen Politikfeld keine einfachen und raschen Antworten gibt. Die Maßnahme in einem System kann Auswirkungen in einem anderen System des Staates haben. Mit dem Bericht soll in einer oft politisierten Debatte ein Beitrag zur Sachlichkeit geleistet werden. „Im Zentrum unserer Überlegungen stand die langfristige Aufrechterhaltung des sozialen Friedens. Dieser ist in Österreich vor allem durch funktionierende Kooperationssysteme abgesichert. So ist es wichtig, dass beispielsweise der Arbeitsmarkt, das Sozialsystem, das Gesundheitswesen und die Demografie in Balance bleiben. Alle diese Bereiche werden durch Migration beeinflusst und für all diese Bereiche bestehen da-

durch Chancen und Risiken“, betont Mag. Peter Webinger, Sektionsleiter-Stellvertreter und Leiter der Gruppe III/B (Asyl, Migration und Menschenrechte) im Bundesministerium für Inneres.

**Die Kernaussagen** des Migrationsberichts:

- Um in Österreich den sozialen Frieden langfristig aufrechtzuerhalten, ist es Grundvoraussetzung, dass staatliche und gesellschaftliche Systeme wie Bildung, Wirtschaft, Arbeitsmarkt, Gesundheit oder öffentliche Sicherheit in Balance bleiben.
- Der gesamtstaatliche Charakter der Migrations- und Asylpolitik erfordert die Zusammenarbeit aller relevanten staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteure.
- Die Wirtschaft benötigt gezielte und

gesteuerte Zuwanderung von qualifizierten, erwerbstätigen Menschen.

- Auch wenn die Gesellschaft demographisch altert, soll Migration nicht den gesamten Arbeitskräfterrückgang ausgleichen. Ein verringertes Arbeitskräfteangebot wird auch durch Innovation und Produktivität abgedeckt.
- Einführung einer „Werteorientierung vor Zuzug“.
- Migrationspolitische Leitlinien für Österreich und Europa benötigen den Rückhalt in der Bevölkerung. Akzeptanz ist in einer Demokratie unerlässlich.
- Österreich soll sich für die Eindämmung von Asymmetrien im Bildungs-, Sozial- und Gesundheitsbereich innerhalb der EU einsetzen.
- Auf nationaler und europäischer Ebene: Vereinfachung, Rechtsbereinigung und Systematisierung des Fremdenrechts durch Einführung eines EU-Migrationskodex und eines österreichischen Migrationsgesetzbuchs.
- Offene Binnengrenzen benötigen gesicherte Außengrenzen: Supranationalisierung des Außengrenzschutzes durch eine unmittelbare EU-Grenzsicherung.



**Mitglieder des „Migrationsrats für Österreich“: Univ.-Prof. Walter Schrammel und Diana Medanova (Arbeitsfeld Arbeit und Soziales).**

- Ein neues europäisches Schutzsystem sollte besonders Schutzbedürftigen legale Einreisemöglichkeiten bieten, wahrgenommen durch mobile Behörden am Rande der Konfliktregionen.
- Planbare Zuwanderung ist langfristig bewältigbar, erhöht die Treffsicherheit von Schutzsystemen und generiert ein höheres Maß an Akzeptanz in der Bevölkerung.
- Der gesellschaftliche Beitrag von Asylwerbern und -berechtigten (ehrenamtliche Tätigkeit) ist zu fördern.
- Österreichs Investitionen in Bildung und Ausbildung ausländischer Studie-

render in Österreich sollen sich – auch für Österreich – langfristig rechnen. Dieses Potenzial gilt es zu nutzen.

- Eine effektive, glaubwürdige Asylpolitik braucht ein neues europäisches/multilaterales Rückführungssystem. Personen ohne Schutzbedarf sind rasch in die jeweilige Herkunftsregion oder in geschützte Einrichtungen rückzuüberstellen. Es gilt, die dazu notwendige Kooperation der Herkunftsstaaten durch gesamtstaatliche und europäische Initiativen zu erhöhen.

**Der Bericht** des Migrationsrats ist eine Grundlage für die Weiterentwicklung der gesamtstaatlichen Migrationsstrategie, wie sie im aktuellen Arbeitsprogramm der Bundesregierung vorgesehen ist. Beabsichtigt ist eine breite Mitwirkung sämtlicher Entscheidungsträger im Bereich der Migration (Institutionen auf allen Gebietskörperschaftsebenen, Sozialpartner, Zivilgesellschaft).

Der „Migrationsrat für Österreich“ wurde im April 2014 beim Bundesministerium für Inneres als weisungsfreies und unabhängiges Gremium eingerichtet.